



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Andreas Bleck
Platz der Republik 1
11011 Berlin

CLAUDIA ROTH MdB

Staatsministerin beim Bundeskanzler

HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
POSTANSCHRIFT 11012 Berlin

TEL +49 30 18 400 2060
FAX +49 30 18 400 1808
E-MAIL bkm@bk.bund.de

Berlin, 31. Januar 2022

BETREFF **Beantwortung Ihrer schriftlichen Fragen vom 24. Januar 2022 (Eingang Bundeskanzleramt),
Arbeitsnummern 1/239 bis 1/240**

Sehr geehrter Herr Kollege,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesenen schriftlichen Fragen übersende ich Ihnen die
beigefügten Antworten.

Mit freundlichen Grüßen

Schriftliche Fragen des Abgeordneten Andreas Bleck (AfD) vom 24. Januar 2022 (Eingang Bundeskanzleramt), Arbeitsnummern 1/239 bis 1/240

Frage 1/239

Mit welchen Mitteln fördert die Bundesregierung die documenta 15 (<https://documenta-fifteen.de/ueber>)?

Antwort zu Frage 1/239

Die documenta und Museum Fridericianum gGmbH ist eine gemeinnützige Gesellschaft, die von der Stadt Kassel und dem Land Hessen als Gesellschafter getragen und finanziert und zudem von der Kulturstiftung des Bundes finanziell in Höhe von 3,5 Millionen Euro unterstützt wird.

Frage 1/240

Wird die Bundesregierung die documenta künftig fördern, wenn diese - wie Presseberichten zu entnehmen ist - mit Organisationen kooperieren sollte, die als antisemitisch einzustufen sind (<https://www.zeit.de/2022/03/documenta-15-kassel-antisemitismus>)?

Antwort zu Frage 1/240

Die documenta ist eines der wichtigsten kulturellen Ereignisse in Deutschland und von internationaler Bedeutung für Kunst und Kultur. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien steht wegen der aktuellen Kritik in einem intensiven Austausch mit der documenta und ihren Trägern, der Stadt Kassel und dem Land Hessen. Sie begrüßt deren Vorschlag, zeitnah zu einem internationalen Forum mit Expertinnen und Experten einzuladen, um die öffentlich erhobenen Vorwürfe aufzuarbeiten. Das entschiedene, unbedingte Nein zu Hass auf Jüdinnen und Juden gleich welcher Staatsangehörigkeit ist für die Bundesregierung Teil der deutschen Staatsräson. Auf dieser Grundlage fördert die Kulturstiftung des Bundes im Rahmen ihres Stiftungszwecks Kunst und Kultur und entscheidet über Förderungen.